

Wir bekommen einen neuen Bundestag + Was die Parteien versprechen

Der Wahlkampf neigt sich dem Ende zu. Am Sonntag sind 918 784 Münchner aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Das Ergebnis hat auch Auswirkungen auf unsere Stadt. Zum Beispiel sind nirgendwo sonst in Deutschland die Mieten so hoch wie bei uns. Was will die Politik in Berlin dagegen unternehmen? Was wünscht sich der Münchner Seniorenbeirat in Sachen Rente von der neuen Regierung? Und welche Forderungen hat der Chef der Münchner Verkehrsgesellschaft, damit die Verkehrswende bei uns gelingen kann? Diesen Fragen gehen wir auf diesen zwei Seiten nach und schauen zudem, wie es um unsere Sicherheit steht. Was braucht die Polizei, um diese zu verbessern? Was wollen die Parteien für die Gastronomie erreichen, welche Rolle spielen Pflege und der Klimaschutz?



München hat die Wahl

› Mieten

Preisbremse verlängern?



München ist bei den Mieten die teuerste Großstadt Deutschlands: 20 Euro/qm sind normal. Alle Parteien haben dieses Thema auf der Agenda – und alle wollen dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenwirken. Aber der jeweilige Weg dahin unterscheidet sich. SPD, Grüne, Linke und die BSW wollen Mieterhöhungen begrenzen.



Monika Schmid-Balzert vom Mieterverein.

ge Weitergabe der Grundsteuer an die Mieter soll nicht mehr möglich sein. Die Union äußert sich zur Mietpreisbremse nicht verbindlich, die FDP will sie abschaffen. Auch die AfD lehnt eine Verlängerung und einen Mietendeckel ab.

tz-Experte Monika Schmid-Balzert vom Mieterverein: „München fordert eine Verlängerung der Mietpreisbremse.“

„Ohne sie wären auch Mieter in München praktisch ohne Schutz vor extremen Mieten.“ Zudem solle die neue Regierung Schlupflöcher bei der Mietpreisbremse schließen. Und in den Mietspiegel müssten künftig alle Bestandsmieten einfließen. „Am sinnvollsten wäre es, für sehr angespannte Wohnungsmärkte nach der Wahl einen zeitlich befristeten Mietstopp einzuführen.“

› Sicherheit

Sofort harte Strafen!

Der feige Anschlag in München, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen, hinterlässt eine Stadt im Schock. Wie kann das Land sicherer werden? Lösungen versprechen alle Parteien. Die SPD z. B. will Sicherheitsbehörden „mit den notwendigen Mitteln und Befugnissen ausstatten“. Ähnlich wie die Union fordert die SPD härtere Strafen für Angriffe gegen Einsatzkräfte.

te. Null Toleranz soll es nach Willen der Union gegen Kriminalität, Extremismus und Gewalt geben. Die Grünen wollen innere und äußere Sicherheit verbinden sowie die Nachrichtendienste stärken. Die FDP pocht dagegen auf Bürgerrechte: Sicherheit könne es nicht um jeden Preis geben. Die AfD will kontrollierte Grenzen, die Linke keine Videoüberwachung. Das BSW



Florian Leitner, Gewerkschaft der Polizei.

fordert eine gut besetzte und ausgestattete Polizei. Tatsächlich will das auch **unser Experte Florian Leitner**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Er fordert ein Sondervermögen und bessere Ausstattung. „Es fehlt nicht nur an modernster Technik wie Drohnen oder einem Stich- bzw. Schnittschutz für den Halsbereich. Es fehlt in Teilen an vernünftigen Fahrzeugen, Laptops und Handys.“ Es brauche zudem mehr Personal, eine schnellere Digitalisierung, bessere Vernetzung der Polizeien der Länder, des Bundes und des Verfassungsschutzes sowie ein rigoroses Durchgreifen gegen Übergriffe. „Angriffe auf Polizisten müssen sofortige harte Strafen nach sich ziehen.“



› Wohnungsbau

Standards runterschrauben?

Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in München. Damit das klappt, muss logischerweise mehr gebaut werden. Die Parteien sind sich einig im Ziel, Bauen unkomplizierter und schneller zu machen. Auf eine konkrete Zahl an gewünschten neuen Wohnungen legt sich aber niemand fest. Die SPD setzt unter anderem auf die Gründung einer neuen staatlichen Wohnungsgesellschaft. Die Union will auch Neubauten fördern, die nicht die allerstrengsten Energiestandards erfüllen. Die Grünen möchten den sozialen Wohnungsbau stärken. Die FDP setzt auf Steuererleichterungen, die AfD will Bürokratie abbauen. Am krassen sind die Forderungen der Linken: Sie wollen Konzerne verstaatlichen und Wohnungsbau mit 20 Milliarden Euro jährlich fördern.



Rudolf Stürzer vom Verband der Haus- und Grundbesitzer.

tz-Experte Rudolf Stürzer (Haus- und Grundbesitzer):

„Zudem sollte der Einsatz serieller Elemente (vorgefertigte Sanitärräume oder Küchen) ermöglicht werden.“ Das könnte Baukosten um 30 Prozent senken. „Gerade in Ballungsgebieten müsste es zudem besser möglich sein, Gewerbe- und Büroflächen umzuwandeln.“ Dies scheitert oft an überzogenen Vorschriften, unter anderem zum Schall- und Wärmeschutz.

› Pflege

„Endlich alle ehrlich sein!“

Die Gesellschaft wird immer älter, deswegen gibt es immer mehr pflegebedürftige Menschen – auch im teuren München, wo viele Senioren mit geringen Ersparnissen leben. Wegen des Fachkräftemangels und der hohen Kosten sprechen Experten bereits vom Pflegezustand. Um dem entgegenzuwirken, wirbt die SPD mit einem Pflegekosten-Deckel. Die CSU möchte einen Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und Eigen-Vorsorge. Die Grünen sprechen sich für ein Pflegebudget und eine Pflegebürgerversicherung aus, die FDP will der Pflegeversicherung eine kapitalgedeckte Komponente hinzufügen. Die AfD will die Kosten drücken, indem Kranken- und Pflegeversicherung zusammengefasst werden. Und sie setzt einen Fokus auf die häusliche Pflege durch Angehörige. Diese soll nach Willen der Partei deutlich höher finanziell honoriert werden. Die Linke will, dass private Pflegeeinrichtungen in die öffentliche Hand überführt werden. Das BSW will eine Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuern finanziert werden soll.

Unser Experte Claus Füsseck fordert von der neuen Bundesregierung, das Thema endlich zur Chefsache zu machen. „Schwerpunkt muss unter anderem eine bedarfsgerechte, bezahlbare Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger sein, zum Beispiel ein Rechtsanspruch auf Tagespflege.“ Zudem gewünscht ist der flächendeckende Ausbau ambulanter und stationärer Hospizangebote. Und palliative Pflege müsse selbstverständlich in allen Einrichtungen angeboten werden. „Wir müssen uns alle endlich ehrlich machen und dieses Thema nicht verdrängen. Es geht uns früher oder später alle an.“



Pflege-Experte Claus Füsseck.

